

Das Modell Deutschland schneller und besser reformieren

Wie wir das Feld nicht den Niedergangsunternehmern überlassen

von Wolfgang Schroeder

Die Welt ist in den vergangenen Jahren weniger demokratisch geworden und die ökonomischen sowie ökologischen Herausforderungen sind gewachsen. Deutschland hat nach wie vor Potential, ist aber stark angeschlagen und steht vor großen Veränderungen. Dabei ist offensichtlich, dass nicht nur die Kapitulation der Ampelregierung, sondern auch der gegenwärtige institutionelle und mentale Status quo unzureichend sind, um die großen Herausforderungen, denen sich dieses Land gegenüber sieht, gut bewältigen zu können. Mit der Metapher der Zeitenwende ist zwar angedeutet, dass es nicht einfach in der gleichen Tonlage weitergehen kann; gleichwohl fehlt die Klärung in welcher Tonlage und mit welchem Text es weitergehen soll. Mit dem hier vorgestellten Modell Deutschland wird eine Rahmenkonzeption angeboten, um diese Herausforderungen einzuordnen und politisch zu adressieren.

Es gibt sowohl regelmäßig kleinere und größere Krisen als auch daraus abgeleitet ein Nachdenken über das Modell Deutschland. Wenngleich sich Themenkonjunkturen, Ähnlichkeiten und strukturelle Widerläufer feststellen lassen, so sind die Herausforderungen doch immer wieder anders gelagert. Aber nicht nur die Ausgangslagen sind verschieden; auch die Antworten verändern sich, weil auch die Akteure, Instrumente und Ressourcen zur Bewältigung der Herausforderungen sich wandeln – und mitunter auch die Bedarfe, Erwartungen und Bereitschaft der Bevölkerung, sich auf all dies einzulassen.

Einen maßgeblichen Einfluss auf die Handlungsspielräume unseres Landes – nicht zuletzt der besonderen Bedeutung des Exports wegen – hat der Wandel der internationalen Ordnung vor allem mit Blick auf die USA, China, Russland und die BRICS-Staaten. Dies hat auch Implikationen für die Transformationsfähigkeit des deutschen Modells. Hinzu kommen strategische Fehler der großen Unternehmen der exportorientierten Industrie, zunehmende gesellschaftliche Widerstände vor allem gegen die ökologische Transformation sowie unzureichende Fähigkeiten des politischen Systems, die Planungshorizonte von Gesellschaft und Unternehmen solide zu begleiten.

Das Modell Deutschland, das die Krisen der 1990er und 2000er Jahre vergleichsweise gut bewältigt hat, steckt seit 2018/2019 in einer neuen, schwierigeren Lage. Dabei geht es um mehr als kurzfristige konjunkturelle Schwächen – denn eine sich beschleunigende Deindustrialisierung

und ein anhaltender Abschwung sind längst Realität. Besonders deutlich ist, dass Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zu wenig in seine Infrastruktur – also in die Bedingungen von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und gesellschaftlicher Lebensqualität – investiert hat. Aber auch das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung und die Ansprechbarkeit für Niedergangsszenarien sind gewachsen.

Mit den folgenden Thesen soll der Rahmen der gegenwärtigen Lage umrissen und ein Weg nach vorne aufgezeigt werden. Was sind die Ziele, die Probleme und Herausforderungen – und was die Ideen, Strategien und Maßnahmen, um neue Perspektiven für progressive Politik aufzubauen?

1. Das Modell Deutschland steckt schon seit längerem in der Krise.

Bekannt geworden ist der Begriff des Modells Deutschland 1976. Es stand damals im Fokus des von Helmut Schmidt geführten Bundestagswahlkampfes. Auf einer wissenschaftlichen Konzeptebene verbindet sich damit die Arbeitshypothese, dass es trotz Globalisierung eigenständige nationale institutionelle Konfigurationen gibt, die maßgeblichen Einfluss auf die ökonomische und soziale Performanz ausüben.

Dem Ansatz geht es darum, grundlegende ökonomische, soziale und politische Strukturen der Bundesrepublik – vor allem im Unterschied zu anderen westlichen Industriegesellschaften – herauszuarbeiten, um die Aufgaben und das Handeln politischer Akteure innerhalb dieser Strukturen zu identifizieren. Die Grundidee besteht in einer Wechselbeziehung zwischen internationalem und nationalem System. Danach sind die nationalen Koalitionen und Institutionen Antworten auf die Herausforderungen und die spezifische Stellung der maßgeblichen ökonomischen Sektoren in der Weltwirtschaft.

In seiner stabilen Phase – zwischen den 50er und 80er Jahren – zeichnete sich das Modell Deutschland durch vier zentrale Strukturmerkmale aus, die gleichsam als Schlüssel dienen, um die Verbindung von Wachstumsmodell und Gesellschaftsprojekt empirisch und analytisch zu erfassen:

1. erfolgreiche exportorientierte Kernsektoren, deren Wettbewerbsfähigkeit durch staatliche, verbandliche sowie finanz- und industrieorientierte Dienstleistungen flankiert wird;
2. einen politisch regulierten Infrastruktorsektor;

3. gut organisierte Interessenverbände als Basis einer zwischen-betrieblichen und intersektoralen Selbstorganisation von Branchen und Interessen.
4. einem funktional vernetzten Verhandlungsstaat, dessen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Steuerungsinitiativen – unterstützt durch Parteien, Verbände und Länder – darauf hinwirken, dass die Reproduktion der Gesellschaftsformation mit dem spezifischen Integrationsmodus in das Weltwirtschaftssystem kohärent verbunden wird.

Schwerpunkte des Modell-Deutschland-Ansatzes sind die makroökonomische Steuerung, die institutionelle Sektorkoordination sowie makro- und mesokorporatistische Arrangements. Für das Verhältnis von Bundesregierung, Länderregierungen und autonomen intermediären Organisationen im Modell Deutschland hat der amerikanische Politologe Peter J. Katzenstein die Formulierung vom „semisovereign state“ entwickelt. Fundiert werde diese Halbsouveränität durch die Strukturen der deutschen Verhandlungsdemokratie sowie durch unabhängige Instanzen wie bspw. das Bundesverfassungsgericht und einflussreiche gesellschaftliche Verbände.

Die ubiquitäre Existenz verhandlungsorientierter Austauschstrukturen führt dazu, dass in der Regel ein Ausgleich zwischen den wichtigsten organisierten Interessengruppen geschaffen wird. Dabei bilden die auf diese Weise gewonnenen langfristigen Orientierungen zugleich die Basis für gesellschaftlichen Konsens; abrupte und grundlegende Strukturbrüche bleiben die Ausnahme. Das deutsche Modell mit seiner engen Kooperation zwischen politisch-staatlichem und gesellschaftlich-verbändebezogenem System ist durch Prozesse inkrementaler Veränderungen geprägt. Infolgedessen sind die statistischen Mittelwerte für die wichtigsten Parameter in der Regel stabil, die Streuungskoeffizienten gering und die Extremfälle an beiden Polen selten.

Mit Blick auf diese stabilitätsorientierte Ordnung spricht der Heidelberger Politologe Manfred G. Schmidt von einer „Politik des mittleren Weges“, der zwischen dem nordeuropäischen Wohlfahrtskapitalismus – wesentlich von einer politisch dominanten Sozialdemokratie geprägt – und dem nordamerikanischen marktorientierten Kapitalismus liege. Das deutsche Modell zeichnet sich dabei durch eine Machtverteilung aus, deren Schwerpunkt in der sogenannten Mitte liegt. Dies gelte nicht nur für die Besonderheiten der Staatstätigkeit, sondern auch für das mitte-orientierte Parteiensystem und die Bund-Länder-Institutionenordnung. Stabilisierende Prinzipien dieses *mittleren Systems* sind wirtschaftliche Effizienz und ein transferintensiver

Sozialstaat, der als delegierender Sozialstaat hoheitliche Aufgaben auch an gesellschaftliche Verbände, wie die Tarifparteien und Wohlfahrtsverbände, delegiert.

Eine Gefährdung des Modells des mittleren Wegs geht sowohl von der Schwächung der Interessenverbände und (Volks-) Parteien aus als auch von den veränderten internationalen Rahmenbedingungen: der Globalisierung, der neuen geopolitischen Lage und dem neuen Protektionismus. Die Schwäche der intermediären Instanzen wie auch die Schwerfälligkeit staatlicher Prozesse führten dazu, dass der verbandliche Einfluss eingeschränkt wurde, um durch Deregulierung eine stärkere Dezentralisierung, Flexibilisierung und Individualisierung der Regelungsebenen und Leistungsniveaus zu erwirken. Damit ist die Politik des mittleren Weges zwar nicht unbedingt ans Ende geraten, aber deutlich brüchiger geworden, weil die Delegation hoheitlicher Aufgaben deutlich schwieriger geworden ist: erstens aufgrund der staatlichen Deregulierungspolitik und zweitens aufgrund der schrumpfenden Regelungskapazität und Reichweite der Akteure. Zudem ist die Politik des mittleren Weges stärker denn je von der EU und ihren Handlungskompetenzen abhängig. Damit verbinden sich sowohl Chancen als auch Risiken; ob das eine oder das andere überwiegt, hängt maßgeblich von einer klugen deutschen Aufstellung innerhalb der und für die EU ab.

Insgesamt aber sind die Bedingungen für die Erfolgsfähigkeit des deutschen Modells brüchiger geworden. Das beginnt bei der Lage der Exportsektoren, die als ökonomischer Kern der deutschen Wirtschaft vor gravierenden Veränderungen stehen. Durch die neuen handelspolitischen Ausrichtungen Chinas und der USA, die wirtschaftliche Schwäche wichtiger Absatzmärkte (insbesondere Europa und China), die verschlechterten Standortbedingungen in Deutschland (v. a. bei Energiekosten und in puncto Fachkräftemangel) und die sinkende Wettbewerbsfähigkeit stehen diese Branchen unter erheblichem Druck.

Die Ursachen für die massiven Wachstumsprobleme reichen von einer unzureichenden Weiterentwicklung der Infrastruktur (Verkehr, Gesundheit, Bildung etc.), die nicht zuletzt auf eine mangelnde Investitionsfähigkeit des Staates zurückgeht, bis hin zu unklaren strategischen Positionierungen und Innovationsdefiziten. Deutschland investierte zwischen 2000 und 2020 durchschnittlich 2,1 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP); der europäische Durchschnitt liegt bei 3,7 Prozent des jeweiligen BIP. Nur Portugal und Irland investieren noch weniger. Neben dem Marktversagen gibt es auch ein Staatsversagen: 2006 gab es in Deutschland etwas mehr als zwei Millionen Sozialwohnungen; heute ist es nur noch etwa die Hälfte. Im gleichen Zeitraum ist die

Bevölkerung jedoch um rund zwei Millionen Menschen gewachsen (von 82,3 auf 84,6 Millionen).

Zu lange Planungsverfahren und zum Teil inkonsistente Weichenstellungen durch die Politik, die bis mindestens in die 90er Jahre zurückreichen, belasten das investive Verhalten und erschweren die Entwicklung längerfristiger Strategien. Insofern sind die Probleme durch ein Zusammenspiel unternehmerischer (Immobilienblase, Abgasskandal, Unfähigkeit ein günstiges E-Auto zu bauen etc.) und staatlich-politischer Defizite geprägt, wobei die politischen Defizite stärker im öffentlichen Scheinwerferlicht stehen und entsprechend stärker skandalisiert werden.

2. Der Umbau des Modells Deutschland muss flankiert werden durch eine Politik progressiver Sicherheit.

Exogene und interne Veränderungen setzen das Modell Deutschland unter Druck. Dazu gehört auch ein signifikanter Rückgang an Vertrauen und Sicherheitsempfinden. Befördert wird diese neue Kultur der Unsicherheit durch Verschwörungstheoretiker und radikale Kräfte, die sich an ihren Niedergangserzählungen berauschen. Dem müssen sich Progressive stellen und auch entgegenstellen und ein eigenes, überzeugendes Sicherheitsangebot entwickeln. Dies könnte zu einer soliden Basis werden, um eine positive Zukunftsperspektive plausibel zu machen.

Wir brauchen ein umfassendes Konzept progressiver Sicherheit, das innere und äußere Sicherheit ebenso verbindet wie soziale, ökologische, geopolitische und technologische Dimensionen in einen Zusammenhang bringt statt einer Verengung auf migrationspolitische Ängste, die der Realität der Herausforderungen nicht gerecht werden. Statt nur kognitiv konsistent zu sein, muss ein solches zukunftsfähiges Konzept aber auch den Alltag der Bürger:innen erreichen, um kommunikations- und anschlussfähig zu werden, Zuversicht vermitteln und sich durchsetzen zu können. Wir brauchen eine progressive Sicherheitspolitik als Grundlage für ein neues Modell Deutschland. Wir müssen schneller werden, ohne Schnelligkeit zum Selbstzweck werden zu lassen – sonst drohen politische Vorhaben zu Rohrkrepiern zu mutieren und weiteres Vertrauen zu kosten.

3. Um eine robuste, progressive Strategie zur Erneuerung des Modells Deutschland zu verankern, bedarf es auch eines tieferen Verständnisses der Gegenspieler und der Kooperationspartner.

Obwohl die Hausaufgaben offensichtlich sind, die Deutschland zu bewältigen hat um nicht wieder zum kranken Mann Europas zu werden, gilt es auch die starken innenpolitischen Gegenkräfte zu identifizieren:

1. An erster Stelle steht das populistische Lager der Niedergangsunternehmer. Sie sehen Deutschland dem Untergang geweiht und sich selbst als Erlöser. Zu dieser Gruppe gehören nicht nur AfD, BSW, Fundamentalisten und Querdenker; auch innerhalb der FDP und der Union ist dieses Denken durchaus beliebt.
2. Die zweite Gruppe sind die Marktgläubigen (Anti-Staatler), die sich neuerdings nicht mehr alleine am Neo- und Ordoliberalismus orientieren wollen. Sie suchen nach disruptiven Vorbildern, die eine radikale, libertäre Entstaatlichung proklamieren. Für diese Perspektive dienen ihnen Milei und Musk als neue Referenzpunkte. Die alte Marktgläubigkeit neoliberaler Art wird durch die Hoffnung nach echter Disruption ergänzt, die sich vor allem in einer nachhaltigen Entstaatlichung zeigen soll.
3. gibt es auch eine Perspektive, die sich alleine auf den Staat (Etatismus) konzentriert. Doch auch das wird nicht funktionieren: Wir brauchen beides: die unternehmerische und die gesellschaftliche Initiative und Verantwortung.

Für progressive Politik genügt es nicht, diese Perspektiven zu kritisieren und sich von ihnen zu distanzieren. Einerseits birgt jede dieser Perspektiven einzelne Vorteile; andererseits braucht es auch eine Selbstvergewisserung bezüglich eigener Fehler progressiver Politik, die im Zusammenspiel von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft eine Politik des fairen Fortschritts will – um so zur Erneuerung des Modells Deutschland auch in ökologischer Perspektive beizutragen. Dazu muss sie die folgende fünf Aspekte ins Zentrum eines zukunfts- und mehrheitsfähigen Modus Operandi stellen:

- **Investitionen:** umfangreiche private und öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Technologien und vor allem in Menschen;
- **Schnelligkeit:** weitergehende Vereinfachung von Planungsverfahren;

- **Steuerung:** zielgerichtete Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur und Technologieentwicklung;
- **Transparenz:** Verbesserung von Kommunikation und Nachvollziehbarkeit;
- **Partizipation:** Verbesserung der Beteiligung durch Parteien, Verbände, Vereine, Bürgerinitiativen und Bürgerräte.

4. Vulnerabilitäten und Perspektiven für die Reform des Modells Deutschland

Das Ziel progressiver Politik ist eine nachhaltige postfossile Kreislaufwirtschaft unter den Bedingungen einer innovativen Wirtschaft und einer freiheitlichen, demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Dafür müssen soziale, ökologische, ökonomische und demokratische Belange in ein produktives Zusammenspiel gebracht werden. Dabei sollte jedoch bedacht werden, dass das, was der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Rodrik 2011 als Trilemma für die Globalisierung beschrieben hat, in ähnlicher Weise für die ökologische Transformation gilt, dass nämlich zwischen den ökologischen, ökonomischen, sozialen und demokratiepolitischen Logiken Kompatibilitätsprobleme bestehen, die sich nicht so einfach auflösen lassen. Gleichwohl müssen die Anstrengungen für eine ökologische Transformation weiterentwickelt werden. In einer älter werdenden Gesellschaft gelten andere Geschwindigkeiten und andere Rücksichtnahmen, um nachhaltige Ziele verfolgen zu können. Zudem werden Partizipation, Kommunikation und Vertrauensaufbau eigene transformationspezifische Formen annehmen müssen.

Auf der instrumentellen Ebene ist klar, dass eine Gesellschaft, die nicht investitionsfähig und auf der Höhe des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist, nicht nur Probleme in der Legitimationssicherung hat, sondern vor allem in ihrer fortschrittlichen Zukunftsfähigkeit. Insofern ist die Organisation von Investitionsfähigkeit das A und O. Dabei werden wir am Ende an einer Modifikation der Schuldenbremse nicht vorbeikommen.

Als Exportnation sind wir davon abhängig, dass wir ein fairer Player in der Welt sind und ein geschätzter Handelspartner. Die Rohstoffe, die wir für unsere Transformation brauchen, befinden sich vor allem in Ländern, die eher illiberale bis autoritäre Strukturen haben. Unsere Außenpolitik ist werteorientiert; sie ist aber auch interessenorientiert. Das ist ein Spannungsverhältnis, dem wir uns nicht entziehen

können. Wir sollten anerkennen, dass z. B. die Länder des globalen Südens ihre eigenen Interessen auf der internationalen Ebene immer selbstbewusster vertreten. Gemeinsam mit ihnen die großen Herausforderungen von Frieden und Klimapolitik angehen zu können, wird über die Zukunft der Welt entscheiden. Jedenfalls sind wir möglicherweise mehr auf sie angewiesen, um unseren Wohlstand und unsere Demokratie absichern zu können, als umgekehrt.

Die Europäische Union muss gestärkt werden, um den autokratischer werdenden Akteuren der Weltpolitik angemessen begegnen zu können. Da Partner für diese autokratischen Akteure auch innerhalb der EU (Ungarn) agieren, sollte sich Deutschland stärker als europäische Führungsmacht begreifen. Da diese Rolle nicht gegeben ist, wird Deutschland sie sich mit Blick auf seine Geschichte und seine gegenwärtige Rolle erarbeiten müssen. Dabei könnte die Achse Frankreich-Polen-Deutschland eine wichtige Rolle spielen.

Angesichts des Vertrauensverlustes in das politische System, dessen Ursprung weit zurückliegt, zu dem der Bruch der Ampelregierung aber auch einen Beitrag geleistet hat, muss eine progressive Strategie nicht nur an Effizienz und Effektivität interessiert sein, sondern vor allem auch an Nachhaltigkeit. Das heißt: Wir brauchen die Schnelligkeit – und gleichzeitig die Langsamkeit (alternde Gesellschaft). Dieses durchaus spannungsreiche Verhältnis ist in den Blick zu nehmen, wenn wir über vertrauensbildende Maßnahmen nachdenken. Das wird nicht allein über den Staat und den Markt funktionieren; es bedarf auch einer Stärkung der organisierten Zivilgesellschaft.

5. Die Reform des Modells Deutschland braucht nicht nur mehr ökonomische Innovationen, sondern auch eine neue demokratische Kompromisskultur.

Blicken wir abschließend auf zentrale Strukturen des Modells Deutschland und fragen danach, wo wir jetzt stehen. Erstens geht es um die exportorientierten Kernsektoren, die jahrzehntelang die ökonomische Basis für Wettbewerbsfähigkeit bildeten. Offensichtlich ist, dass vor allem die Automobil- und die Chemische Industrie ihre alte Stärke nicht mehr behaupten können. Die internationalen Wettbewerber sind stärker geworden, Rohstoff- und Energieprobleme belasten beide Zweige sehr und die eigene

Innovationsfähigkeit ist zurückgegangen. Es steht zu vermuten, dass diese Sektoren an Wertschöpfung, Beschäftigung und Einfluss verlieren werden – mit Auswirkungen auf die Gesamtkonstellation des Modells Deutschland und sein Selbstbewusstsein.

Zweitens ist der politisch regulierte Infrastruktursektor durch Privatisierungen zurückgedrängt und durch unzureichende Investitionen geschwächt worden.

Drittens besitzen die ehemals gut organisierten Interessenverbände als Basis einer zwischenbetrieblichen und intersektoralen Selbstorganisation von Branchen und Interessen nur noch eine eingeschränkte Handlungs- und Regulierungsfähigkeit. Die Reichweite ihrer Aktivitäten ist durch Mitgliederverluste und eine reduzierte Loyalität der Mitglieder zurückgegangen. Zudem bringen sich zunehmend privatwirtschaftliche, partikuläre Akteure in diese Arena ein.

Das vierte Strukturelement besteht in einem funktional vernetzten Verhandlungsstaat, der darauf hinwirkt, dass das politische System die gesellschaftlichen Interessen mit den ökonomischen Interessen im Weltwirtschaftssystem kohärent verbinden kann. Dazu werden stabile politisch-gesellschaftliche Koalitionen benötigt, die auf entsprechenden Kompromissen basieren. Der Bruch der Ampel hat deutlich gemacht, dass Koalitionen, weil sie weniger in einem politischen Lager stattfinden, prekärer geworden sind und sich der Kompromiss als Mittel nachhaltiger Politikveränderung schwieriger herstellen lässt. Da dieses System aber auf belastbare Kompromisse angewiesen ist, stellen sich neue Fragen nach den Bedingungen der Möglichkeit von Kompromissen.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Erfolgsfaktoren des alten Modells Deutschland seit längerem erodieren und sich neue, belastbare Rahmenbedingungen bisher nicht etablieren konnten. Da dieses Modell und dessen Erfolgsfähigkeit vor allem von strukturellen, institutionellen Faktoren lebt, sind neue Regime von Produktivität und Innovation auf dieser Ebene anzusiedeln.

Progressive Politik zielt auf institutionelle Reformen. Zugleich begreift sie sich als Sachwalter demokratischer Zukunftsfähigkeit auch als zentraler Gegenspieler zu den gegenwärtig starken Strömungen des Niedergangs. Dabei ist in Rechnung zu stellen, dass der organisierte Zukunftspessimismus nicht nur das nationale und internationale Gefühlsleben, sondern vor allem die Politik prägt. Wir brauchen also neben der reformorientierten Institutionenpolitik auch eine robuste und resiliente Kommunikations- und investive Strategiefähigkeit. Das Ziel ist die offene Gesellschaft,

die um ihre Feinde weiß und entsprechende Sicherheitsstrategien adressiert. Denn es geht um nicht weniger als ums Ganze.

Wir verteidigen unsere Demokratie und die Grundfesten eines innovativen und ökologischen Modells Deutschland, aber nicht den Status Quo. Wir wollen dazu beitragen, dass diese Gesellschaft sich wieder auf Reformen einlässt und sich selbst als Träger von konstruktiver Veränderung begreift. Ohne weitreichende Reformen wird es nicht gelingen, dieses System für die gegenwärtigen Herausforderungen fit zu machen.

1. Eine zentrale Herausforderung, um das deutsche Modell unter den veränderten Bedingungen weiterzuentwickeln, besteht darin, dass die Europäische Union stärker denn je der Rahmen dafür sein sollte. Das ist angesichts der Schwierigkeiten, mit denen die EU konfrontiert ist, alles andere als leicht. Dafür ist es aber auch notwendig, dass sich Deutschland weiter europäisiert und sich als agile europäische Macht begreift.
2. Im Hinblick auf die Rohstoff- und Energiebasis der postfossilen Produktion ist eine Veränderung der inneren und äußeren Haltung in außenpolitischen Wirtschaftsbeziehungen notwendig: mehr Augenhöhe mit und mehr Sensibilität für Bedarfe und Ziele der Partner aus dem globalen Süden.
3. Die soziale Marktwirtschaft basiert auf gesellschaftlichem Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und der Bereitschaft und Fähigkeit der Hauptakteure (Staat, Unternehmen, Verbände) zur Konfliktlösung. Die Bedingungen von Kompromissen und ihre Bedeutung für unsere Zukunft sind stärker zu gewichten – und bedürfen neuer Impulse.

Letztlich muss das progressive Angebot über kurzfristige Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft hinausgehen. Notwendig sind umfassendere Antworten, die zur Erneuerung des Modells Deutschland beitragen. Es gibt eine starke Substanz und viel Potential, aber auch die Notwendigkeit ihrer Neuausrichtung und Neueinbettung – sowohl institutionell als auch mental. Die Zunahme illiberaler politischer Systeme im Außenbereich und demokratiefeindlicher Kräfte im Inneren müssen eine neue Kompromisskultur zwischen den demokratischen Kräften begründen, ohne dass Unterschiede dabei aufgegeben werden dürfen. Eine große Herausforderung, die eine robuste Demokratie jedoch meistern sollte. Schließlich geht es darum, ob wir unter den veränderten welt- und marktpolitischen Bedingungen durch die eigene Resilience und Reformfähigkeit zu einem positiven Beispiel für die anderen werden können – in schwierigen Zeiten und nicht bei schönem Wetter.

Der Autor



Prof. Dr. Wolfgang Schroeder ist Vorsitzender des Progressiven Zentrums. Er hat den Lehrstuhl „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Kassel inne. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Demokratieforschung, Interessengruppenforschung, politische Soziologie und der Wandel des Staates. Wolfgang Schroeder ist außerdem Research Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Von 2009 bis 2014 arbeitete er als Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familien des Landes Brandenburg.

Dieses Papier basiert auf einer Keynote, die Wolfgang Schroeder zur Eröffnung des 3. Politischen Symposiums von Das Progressive Zentrum am 5. Dezember 2024 im Allianz Forum in Berlin hielt.